



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Neuwahlen +++ Bürgerticket +++ A-Real-Markt +++ Rote Flora +++ Polizeigeschichte +++ Kulturtyp: Zwiebfische

Eine andere Politik ist möglich!



Scheuerl und Ahlhaus bei der Pressekonferenz am 9.12.2010

Mit der Frage »Kommt jetzt die Scheuerl-Partei?« hatte die Hamburg-Ausgabe der BILD-Zeitung noch am 29.11.2010 groß aufgemacht. Eine von ihr in Auftrag gegebene Umfrage hatte ergeben, dass eine Protest-Partei, die die Politikverdrossenheit aufgreift, die Kräfteverhältnisse in Hamburg mächtig in Bewegung bringen könnte. Walter Scheuerl, einer der führenden Köpfe der Gegner der Primarschulreform, wollte mit einer Bürger-Partei mit sozialliberalem Anstrich den Erfolg in der Schulfrage verlängern. Zuletzt gab es laut der BILD-Umfrage für eine solche Partei ein Wählerpotenzial von bis zu 21%.

Die von Scheuerl angeführte Volksinitiative gegen die Schulreform stützte sich auf BürgerInnen aus den einkommensstärkeren Stadtteilen Hamburgs. Das sozialliberale Profil sollte durch eine Erweiterung der Themenfelder kommen:

mehr Wohnungsbau, damit die Familien auch in der inneren Stadt bezahlbaren Wohnraum finden, eine bessere Integration von ausländischen oder benachteiligten Kindern durch mehr frühe Sprachförderung und den Ausbau der Ganztagschulen. Die Kita-Gebührenerhöhung sollte zurückgenommen und der Kita-Besuch in der Zielperspektive kostenfrei werden. »Da bin ich ebenso wie beim Wohnungsbau mit Olaf Scholz ganz einer Meinung«, ließ Scheuerl noch vor kurzem verlauten. Als Koalitionspartner visierte die neue Partei daher nicht nur die CDU an, sondern auch die SPD schien in Frage zu kommen.

Nun kandidiert Scheuerl auf der CDU-Liste und trägt damit zur Stärkung des rechtskonservativen Profils der Union bei. Eine neue Partei wird es zunächst ebenso wenig geben wie eine Stärkung der FDP, die gleichfalls das politisch-per-

sonelle Erbe der Kampagne gegen die Schulreform antreten wollte. Nach Aufkündigung der Koalition durch die GAL hatte sich die CDU in den vergangenen Wochen deutlich von der eigenen Senatspolitik abgesetzt. Die Planung für die Stadtbahn wurde gestoppt, die praktizierte Schulpolitik als falsch kritisiert – die Unterstützung des Primarschul-Konzepts sei ein gravierender politischer Fehler gewesen – und eine Wählerstimmen heischende Rücknahme zentraler Aspekte der Haushaltskonsolidierung (Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Erhöhung der Kita-Gebühren) angekündigt. Die CDU habe in den Koalitionsverhandlungen mit der GAL 2008 zu viel von ihrem politischen Profil aufgegeben.

Die CDU verabschiedet sich damit von dem lange gepflegten Image einer modernen, liberalen Großstadtpartei – und damit auch von den WählerInnen der politischen Mitte, die der CDU nach der Aufkündigung des Bündnisses mit der Schillpartei die absolute Mehrheit gebracht hatten.

Für den Spitzenkandidaten der Hamburger Sozialdemokratie, den für Brechmitteleinsatz mit Todesfolge verantwortlichen ehemaligen Innensenator und für die Hartz IV-Gesetze zuständigen ehemaligen Bundesarbeitsminister unter Rot-Schwarz, Olaf Scholz, ist die politische Arithmetik klar: »Es gibt doch schon jetzt eine rot-rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft. Die SPD könnte also jetzt schon Herrn Ahlhaus abwählen und mit einem SPD-Bürgermeister in den Wahlkampf ziehen. Das machen wir aber nicht, weil wir – wie bei der vergangenen Wahl – eine Koalition mit der Partei Die Linke ausgeschlossen haben.« Rot-Grün habe mehr Rückhalt bei den Bürgerinnen und Bürgern als Schwarz-Gelb. Vertrauen für die SPD könne aber nur langsam wachsen. Die SPD setze auf eine sorgfältige Entwicklung belastbarer Konzepte.

Mit Olaf Scholz wird die Politik des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Clinton zur Richtschnur: »Das Geld ist in Hamburg zum Fenster rausgeworfen worden, jetzt muss plötzlich hart gespart werden, nicht wegen der Wirtschaftskrise, sondern wegen schlechten Regierens. Hamburgs Wirtschaft muss gestärkt werden. Der Hafen muss weiterentwickelt werden, das gehört zu den Kernaufgaben einer Hamburger Regierung. Und es geht um die Zukunft junger Menschen. Die fahrlässige Erhöhung der Kita-Gebühren durch Schwarz-Grün wollen wir rückgängig machen. Ich bin dafür, dass wir eine sparsame Haushaltspolitik machen. Mein Vorbild ist da Bill Clinton, der mit dem US-Kongress vereinbart hatte, dass es kein Gesetz mit Mehrausgaben geben darf, in dem nicht zugleich steht, wo das Geld herkommen soll. Mit anderen Worten: Jedes Gesetz muss man sich verdienen. So ist es dem US-Präsidenten in zwei Amtszeiten gelungen, den völlig ruinierten Haushalt zu sanieren. Warum sollte uns das in Hamburg nicht auch gelingen?«

Wer solche Fragen stellt, muss auch mit nicht gewünschten Antworten leben: Das kann in Hamburg nicht gelingen! Hamburg hat – wie die meisten Kommunen und die anderen Bundesländer – ein Einnahmeproblem. Richtig ist, dass in der Stadt lange Zeit das Geld für so genannte Leuchtturmprojekte – auch von der SPD mit auf den Weg gebracht bzw. lange Zeit unterstützt – verschleudert wurde. Aber allein mit dem unverzichtbaren Abschied vom »Wachsen mit Weitsicht« kommt Hamburg nicht aus der gesellschaftspolitischen Sackgasse.

Neben einer falschen Ausgabenpolitik und der schweren Wirtschaftskrise ist vor allem der Steuersenkungswettlauf der jüngeren Vergangenheit für die Fehlentwicklung der öffentlichen Haushalte verantwortlich. In den letzten Jahren

Wie weiter mit der LINKEN?

Schwarz-Grün ist passé, doch ein Politikwechsel zeichnet sich nicht ab. Olaf Scholz will mit den Grünen reagieren und wehrt alle Ansprüche auf eine andere Politik mit dem Knüppel »Finanzierbarkeit« ab. So – zumindest in der Presse – auch die von der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN eingebrachten Anträge, jetzt die ersten Weichen zur Umsteuerung zu stellen. Offenbar soll unter Rot-Grün genauso gekürzt werden wie zuvor, trotz erhöhter Steuereinnahmen in der Kasse.

Was bringt die Neuauflage von Rot-Grün? Werden die Kürzungen im Sozialbereich zurückgenommen? Wird der Sozialwohnungsbau in erheblicher Größenordnung wieder betrieben? Wird der Öffentliche Personennahverkehr endlich attraktiver und billiger? Werden die »Leuchtturmprojekte« gestoppt und neue besser sein gelassen? Zweifel sind angebracht.

Und DIE LINKE? Ist sie überflüssig geworden, weil Ahlhaus und die CDU von den Regierungsbänken verdrängt werden? Ist sie gut aufgestellt? Kann sie ihre Alternativen deutlich machen?

Wir laden dazu ein, ihre Rolle und Funktion zu diskutieren und darüber zu streiten, warum gerade die zukünftige Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen eine starke LINKE benötigt.

Nach dem Koalitionsbruch – wie weiter mit der LINKEN?

Montag, 13.12.2010, 19:30 Uhr

Mit Joachim Bischoff und dem Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte Bernhard Stietz-Leipnitz, Drachenbau-Wohngenossenschaft, Schmilinkysstraße 6a (Hinterhof)

Mittwoch, 15.12.2010, 18:30 Uhr

Mit Joachim Bischoff, den Abgeordneten der Bezirksversammlung Mitte, Renate Hercher-Reis und Ronald Wilken, sowie den SprecherInnen des Wilhelmsburger Ortsverbandes Sophie Friese, Manfred Schubert und Stefan Dührkop Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20

wurden in Deutschland die finanziellen Ressourcen des Staates massiv reduziert und damit auch seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten. Über den gesamten Zeitraum von 1999 bis 2010 beträgt der Ressourcenentzug 6,5% des Bruttoinlandsprodukts, was einem Betrag von 170 Mrd. Euro entspricht (auf der Basis von 2008). Schon jetzt ist zu erkennen, dass sich die Entstaatlichung zulasten der Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur auswirkt. Sie führt zudem zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit und einer Erosion des Wohlfahrtsstaates.

Mit einem Punkt hat Olaf Scholz Recht, auch wenn er einen anderen Weg beschreiten wird: Es ist möglich, zu einer sozial gerechten Einnahmepolitik überzugehen, um unverzichtbare öffentliche Aufgaben ohne beständige Schuldenaufnahme zu finanzieren. Dafür ist allerdings ein grundlegender Politikwechsel – nicht nur, aber auch für Hamburg – unabdingbar:

- effektiverer Steuervollzug,
- verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermögenssteuer,
- Einführung einer Finanztransaktionsteuer,
- Ausbau der kommunalen Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer,
- umfassende Reform der Grundsteuern,
- gerechtere Erbschaftssteuern

- und eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen und höheren Einkommen.

DIE LINKE setzt nicht auf Bill Clinton, sondern auf folgende »Binsenwahrheit«, die aber erst einmal gegen viele gesellschaftliche Vorteile durchgefochten werden muss: Der Staat muss endlich die Einnahmen erlangen, die ihm zustehen. Dem Argument, das könne in Hamburg allein nicht auf den Weg gebracht werden, halten wir entgegen: Tatsächlich wäre die Freie und Hansestadt in der Lage, »Milliardenbeträge ganz ohne Steuererhöhungen« zu realisieren. Wir denken dabei an die Steuern und Abgaben, die nicht gezahlt werden, weil der Staat sie mangels Personals nicht eintreibt. Wir denken daran, endlich diejenigen zur Kasse zu bitten, die dem Staat viel Geld schulden. Und wir denken an verstärkte Betriebsprüfungen, die wegen der Personalnot in den Ämtern zu selten stattfinden. Das wären Schritte zu einem sozial gerechten Steuersystem.

Einer solchen Logik wird die SPD allerdings nicht folgen. Eine politische Konstellation, mit der eine andere Einnahmepolitik generiert werden könnte – nach entsprechenden Ergebnissen bei den Landtagswahlen des Jahres 2011 selbst auf Bundesebene – wird nur dann eine Chance haben, wenn DIE LINKE mit einer starken Fraktion in die Bürgerschaft einzieht und im Verbund mit den außerparlamentarischen Kräften den Druck für eine andere Finanz- und Steuerpolitik erhöht.

Busse, Bahnen & Schiffe: Umsonst für immer?!



Im Juni 2009 wurde eine HVV-Fähre zum ticketfreien Gebiet erklärt.

Noch unter dem schwarz-grünen Senat ist beschlossen worden, zum 30. November 2010 den Hamburger Familienpass sukzessive auslaufen zu lassen. Seitdem wird kein neuer Pass mehr ausgegeben, wer vorher einen hatte, muss sich darauf einrichten, dass er im Laufe des nächsten Jahres nicht mehr verlängert wird. Mit diesem Pass konnten Eltern und ihre Kinder eine Ermäßigung auf Zeitkarten des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) in Höhe von fünf Euro pro Monat

in Anspruch nehmen; außerdem wurden vergünstigte Eintrittspreise in rund 50 Freizeit- und Kultureinrichtungen gewährt.

Das ist nun Geschichte, obwohl die Bezuschussung seitens der Stadt mit insgesamt 20.000 Euro (bzw. 30 Cent pro Familienpass) vergleichsweise lächerlich ausgefallen ist. Die Fraktion DIE LINKE wird in der nächsten Bürgerschaftssitzung beantragen, den Familienpass beizubehalten.

Die Abschaffung des Familienpasses ist eine der vielen Maßnahmen, die vor allem Menschen mit geringem Einkommen hart treffen. Eine weitere steht mit Beginn des neuen Jahres ins Haus: Die Fahrpreise in Bussen und Bahnen werden – mit Zustimmung des Senats – erhöht, und zwar durchschnittlich um 3,2%. Es ist gerade mal ein Jahr her, seit der HVV die letzte Tarifierhöhung von 1,8% vorgenommen und damit die allgemeine Preissteigerungsrate um fast das Doppelte überschritten hatte.

Dass der Senat nicht darauf gedrungen hat, die Bedingungen der »Sozialkarte« – eine »freiwillige Leistung« der Stadt für Sozialleistungsberechtigte – wenigstens geringfügig zu verbessern, ist da nur konsequent. Auch weiterhin wird dieser Personenkreis für eine HVV-Zeitkarte monatlich lediglich 18 Euro hinzubekommen können. Immerhin gut 280.000 Menschen machten von diesem »Sozialticket« im vergangenen Jahr Gebrauch.

Auf die Nachfrage meines Fraktionskollegen Wolfgang Joithe und mir, welches Konzept sich hinter den neuerlichen Fahrpreisanhebungen verberge, antwortete der Senat, »maßvolle Tarifierhöhungen« seien nötig, um »das hohe Qualitätsniveau im HVV hinsichtlich Fahrtenangebot, Verkehrerschließung und Bedienung zu erhalten und der Nachfrage entsprechend auszubauen«. Wenn es wenigstens so wäre...

Offenkundig ist eher das Gegenteil der: Eine vor wenigen Tagen veröffentlichte Studie des Internet-Reiseportals ab-in-den-urlaub.de hat den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den 93 größten Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz miteinander verglichen. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat in vielen Punkten die Note Fünf erhalten, vor allem als »ein besonders deutliches Beispiel für schlechte und unübersichtliche Tarifdarstellung« und – noch schwerwiegender – »als besonderes Beispiel für mangelhafte Verkehrsführung«. Für die gerade mal 7,2 Kilometer von der Sternschanze bis zum Elbe-Einkaufszentrum zum Beispiel benötigt man mit S-Bahn und Bus 45 Minuten, länger als mit dem Fahrrad, wie die ab-in-den-urlaub-Tester feststellen mussten. Kritisiert werden von ihnen die zu geringen Fahrtakte, die mangelnde Anbindung ganzer Stadtteile und vieles andere mehr. Das vernichtende »Test-Urteil unterm Strich: Altmodisches Netz, zu geringe Haltestellendichte. Keine gute moderne Infrastruktur.«

Trotz dieser gravierenden Mängel langt der HVV jetzt noch einmal kräftig zu. Busse und Bahnen werden für immer mehr Menschen nahezu unerschwinglich – ein sozialpolitischer Skandal erster Ordnung. Das trifft zuallererst die Menschen mit geringem Einkommen besonders hart und macht es vielen immer schwerer, ihr Grundrecht auf Mobilität überhaupt wahrnehmen zu können. Von Mobilität ausgeschlossen zu werden, »bedeutet beispielsweise, von Bewerbungen bzw. Vorstellungsgesprächen in der Berufswelt ausgegrenzt zu sein, bedeutet soziale Isolation, Ausschluss von kultureller und sportlicher Teilhabe, vom öffentlichen Leben, bedeutet Zentralisierung der Problemlagen in einzelnen Stadtteilen« – so die Begründung eines Antrags, den DIE LINKE am kommenden Mittwoch in die Bürgerschaft einbringen wird.

»Mobilität ist ein Element sozialer Nachhaltigkeit«, hat der Zukunftsrat Hamburg in seiner Untersuchung »Hamburger Entwicklungs-INDikatoren Zukunftsfähigkeit« (HEINZ) schon im November 2006 festgestellt und gleichzeitig den ÖPNV als »wesentlich ressourceneffizienter als den motorisierten Individualverkehr« eingestuft. DIE LINKE folgt dieser Bewertung und beantragt unter der Überschrift »Zukunftsfähiges Hamburg gestalten – Weichen stellen für das Bürgerticket«, eine kostenfreien Benutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel anzustreben. Nur so kann ein wirklich positives Signal in Sachen sozialer Mobilität und Umweltgerechtigkeit gesetzt werden. Nur so kann auch das anwachsende Phänomen des »Schwarzfahrens« (in Hamburg ca. 3,5% an sämtlichen Fahrten) aus der Welt geschafft werden, eine soziale Problematik, deretwegen im Jahre 2009 immerhin 519 Menschen (2008: 377) zu einer Haftstrafe verurteilt wurden.

»Durch die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen ginge der Autoverkehr erheblich zurück, Autospuren könnten zu Fahrradstraßen umgewidmet werden, und die Lebensqualität in der Stadt nähme zu« – so das renommierte Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in einer kürzlich vorgelegten Studie (»Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln«, Hamburg 2010). Es rechnet vor, »dass jeder Mensch in Hamburg, von Kleinkindern bis zu Hochbetagten, pro Jahr etwa 629 Euro für die Folgen des Pkw-Verkehrs zahlt, egal ob er oder sie Auto gefahren ist oder nicht« (S. 165). Und macht andererseits die Gegenrechnung auf, dass nur »knapp 170 Euro jährlich je Einwohner des Bedienebietes notwendig sind, um das Bürgerticket zum Nulltarif zu finanzieren« (S. 163).

Was also liegt näher, die Mittel, die bisher in den Auto- und Individualverkehr (Straßen, Ampeln etc.) fließen, sukzessive umzuwidmen, um damit eine kostenfreie Benutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu garantieren? Das wäre zum Vorteil der Umwelt und im Interesse all der Menschen, die sich weder ein Auto noch die teuren HVV-Fahrkarten erlauben können. Sicherlich ist die kostenfreie ÖPNV-Nutzung nicht von jetzt auf gleich zu haben, aber als mittelfristiges Ziel kann und muss sie angestrebt und schrittweise realisiert werden – zum Beispiel beginnend mit kostenlosen Fahrten an den Wochenenden. DIE LINKE ist auch in dieser Hinsicht ausgesprochen phantasievoll, wie die »Aktionskonferenz HVV-UMSONST« am 4.12.2010 in der Werkstatt3 deutlich gemacht hat. Die Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft greift die Impulse auf und wird am 15. Dezember im Landesparlament folgenden Antrag einbringen:

»Die Hamburgische Bürgerschaft möge beschließen: Der Senat wird ersucht,

1. gemeinsam mit den beteiligten Akteuren zu prüfen, inwiefern die Realisierung eines Bürgertickets möglich wäre;
2. verschiedene Finanzierungswege zu prüfen und noch in der laufenden Legislaturperiode darzulegen;
3. die für 2011 geplante Erhöhung der HVV-Fahrpreise zu stoppen.«

Mal sehen, wer von den Parteien, die sich im voll entbrannten Wahlkampf gern mit Umwelt und Sozialem schmücken werden, ihm zustimmen wird...

Eine Viertelmillion – für den Papierkorb!



Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat ergeben, welcher finanzielle Aufwand bisher betrieben wurde, um die Planungen für die Umgestaltung der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli übers Knie zu brechen. Es ging den Bezirkskoalitionären von SPD und GAL um eine Music-Hall für 4.000 BesucherInnen. Der Protest der AnwohnerInnen hat jedoch erst die GAL ins Wanken gebracht, und auf einer Veranstaltung am 25. November waren auch von den SPD-Vertretern Schreiber, Schmidt und Grote abwägendere Worte zu hören.

Es zeichnet sich ab, dass das Kernelement der vom Bezirk ausgelobten Machbarkeitsstudie wegbricht. Vor diesem Hintergrund sind die für viel Geld erarbeiteten und am 25. November präsentierten Architektenentwürfe vermutlich Makulatur (sie sahen allesamt die ungeliebte Music-Hall vor). Gekostet hat dies 230.143,56 Euro, die »internen Personalkosten« noch gar nicht berücksichtigt. »Die Machbarkeitsstudie gehört ins Altpapier, wenn nun wirklich ein transparentes und ergebnisoffenes Verfahren angestrebt wird«, so der Sprecher der St. Pauli-LINKEN, Markus Schneider-Johnen.

Während der Bezirk Mitte im Einvernehmen mit der Stadtentwicklungs-, der Finanz- und der Innenbehörde eine Viertelmillion Euro verpulvert hat, betreiben die Bewohnerinitiativen seit Ende Oktober einen eigenen Selbstbeteiligungsprozess. Nahezu 20.000 Fragebögen sind im Karoviertel, in der Schanze und in St. Pauli-Nord verteilt worden, um herauszubekommen, was sich die AnwohnerInnen und sons-

tigen AnrainerInnen für das Gelände vorstellen. »Unser Areal – eine Wunschproduktion!« knüpft an einen gelungenen demokratischen Beteiligungsprozess an, der 1995 von Initiativen auf den Weg gebracht worden war. Damals ging es um die von der Stadt geplante Neubebauung und »Aufschickung« einer größeren Lücke zwischen der Hafensstraße und dem Pinnsberg. Der konsequenten Gegenwehr und der von unten angeschobenen »Wunschproduktion« ist die Realisierung des Konzepts »Park Fiction« zu verdanken. Seit 2004 gibt es hier einen öffentlichen Park, mit schönstem Ausblick für Alle vom Elbhang auf den Hamburger Hafen.

Diesen Erfolg will der offene Bewohnerzusammenschluss »Labor für urbane Transformation« (LAUT) wiederholen. »Das ist der richtige erste Schritt einer so weit reichenden Planung«, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bezirk Mitte, Bernhard Stietz-Leipnitz, »erst die AnwohnerInnen fragen, dann mit ihnen zusammen in die Planung einsteigen«.

Der von der LINKEN auf der Bürgerschaftssitzung am 24. November eingebrachte Antrag, diesen Weg der Beteiligung insgesamt einzuschlagen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Es wird also außerparlamentarischer Druck aufgebaut werden müssen, um die Ergebnisse der »Wunschproduktion« angemessen in den weiteren Planungsprozess einzubringen und auch zu verankern. Eine erste Auswertung der Umfrageaktion seitens der LAUT-Initiative erfolgt am **14. Dezember um 20:00 Uhr** im »Haus der Familie« (Bei der Schilleroper 15).

joachimbischoff.de

Aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr vorbeischaun!



»Ich würd's so lassen!«



Die Rote Flora während des Schanzentests 2009

Unter diesem schönen Titel zirkuliert seit wenigen Tagen ein mittlerweile von vielen Einzelpersonlichkeiten und Initiativen unterzeichneter Aufruf, der sich für den Erhalt des autonomen Stadtteilzentrums »Rote Flora« im Schanzenviertel stark macht.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2001 verkaufte der damalige SPD-Senat das ehemalige, seit 1989 besetzte Flora-Theater am Schulterblatt für gerade mal 370.000 DM an den Immobilienkaufmann Klausmartin Kretschmer, der beim Kauf zusicherte, am Status der Roten Flora nichts ändern zu wollen. Inzwischen ist allein der Grundstückspreis auf über sieben Millionen Euro gestiegen, da trifft es sich gut, dass im Jahr 2011 einige der getroffenen Vereinbarungen auslaufen. Insofern will Kretschmer, der sich gerne als Kulturmäzen geriert, das Objekt nun für eine ungenannte Millionen-Euro-Summe weiterverkaufen. Schon seit April 2009 erklärte der Eigentümer bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in der Öffentlichkeit, die Rot-FloristInnen hätten jegliche Innovationskraft verloren und seien im Quartier zunehmend isoliert, weshalb er sich offenkundig an seine Zusage, den Status des Stadtteilzentrums zu erhalten, nicht mehr halten will. Inzwischen droht eine Räumung des Geländes - und es regt sich Widerstand: »Rote Flora bleibt!«

Die Rote Flora ist ein Stachel wider die Gentrifizierung nicht nur des Schanzenviertels und schon seit 20 Jahren ein Ort, der das Feiern und die Debatte außerhalb kommerzieller

oder staatlicher Strukturen zulässt. Eine Schließung oder gar Räumung des Stadtteilzentrums wird zu Recht den massiven Widerstand vieler HamburgerInnen hervorrufen. Das sollte - auch vor dem Hintergrund der mehrfach gescheiterten

Versuche, das autonome Schanzentest zu verbieten zu wollen - sich ein wie auch immer zusammengesetzter neuer Senat vor Augen führen, denn auch Stuttgart 21 hat mal ganz klein angefangen. Wir brauchen in unserer Stadt Freiräume für das andere Leben, für die Entwicklung alternativer Entwürfe, für die Durchsetzung des Rechts auf Stadt!

Auch »ich würd's so lassen!«

Vom **16. bis 21. Dezember** finden im Rahmen einer »Fest. Spiel.Woche.« Solidaritätsveranstaltungen und -konzerte statt, unter anderem am 16. Dezember um 21 Uhr im Uebel & Gefährlich, am 17. Dezember um 20 Uhr in der Roten Flora (mit Jan Delay), am 18. Dezember um 20 Uhr auf Kampnagel, am 19. Dezember um 17 Uhr im Gängeviertel und am 21. Dezember um 19 Uhr in der Fabrik (Benefiz-Konzert u.a. mit »Die Goldenen Zitronen«). Den kompletten Aufruf samt UnterzeichnerInnenliste und Festspielprogramm gibt es im Netz unter www.rechtaufstadt.net/iwsl.



Hamburger Polizeigeschichte(n)



15.3.1933: Polizeisenator Richter vereidigt Hilfspolizisten

Von der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen, gibt es eine Auseinandersetzung um die Konzeption für ein neues Hamburger Polizeimuseum. Seit Jahren arbeiten vor allem der Polizeipräsident Werner Jantosch und der Polizeiverein Hamburg e.V. an einem entsprechenden Plan. Die Sammlung umfasst inzwischen gut 5.700 Exponate, vorgesehen ist für das Museum eine ehemalige Wehrmachtskaserne aus dem Jahre 1936 auf dem Gelände der heutigen Landespolizeischule in Alsterdorf (Carl-Cohn-Straße 39).

Obwohl die Stadt Hamburg aus ihrem Sonderinvestitionsfonds 350.000 Euro bereitgestellt hat, wird das Ausstellungskonzept für das Museum bis heute nicht öffentlich kommuniziert. Und das hat offenkundig System: So wird in einer 70seitigen Studie, mit der eine Agentur beauftragt wurde, unter anderem der Einsatz des berüchtigten Hamburger Polizeibataillons 101 im besetzten Polen komplett unterschlagen. Ab Juni 1942 sind dessen Verbrechen mindestens 38.000 Juden und Jüdinnen direkt zum Opfer gefallen, weitere 42.500 wurden mit Hilfe des Hamburger Polizeibataillons in das Vernichtungslager Treblinka deportiert.

Als die Studie im Oktober 2010 bekannt wurde, brachte DIE LINKE einen Antrag in der Bürgerschaft ein, in dem gefordert wurde, dass in dem geplanten Museum »die Geschichte der Polizei im NS-Staat Platz finden muss«. Unterstützung hat dieses Ansinnen bei einer Reihe von Einrichtungen und Persönlichkeiten gefunden. Esther Bejarano, KZ-Überlebende und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland, fordert zum Beispiel kategorisch, die Verbrechen der Hamburger Polizei in einem Polizeimuseum »detailliert zu thematisieren«. Herbert Diercks von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme hält die Berufung eines wissenschaftlichen und unabhängigen Beirats für dringend erforderlich, schließlich sei das zukünftige Museum auch ein

wichtiger Ort demokratischen Lernens, der objektiven Kriterien Stand halten müsse.

Am 9. Oktober haben auch sämtliche Hamburger Geschichtswerkstätten in einem Offenen Brief das bisher nur polizeiinterne Konzept des Museums hinterfragt. »Im Übrigen«, so die 16 Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, »erwarten wir bei der (selbst)kritischen Aufarbeitung und Präsentation der Hamburger Polizeigeschichte auch die Berücksichtigung gesellschaftspolitisch relevanter Konflikte, z.B. hinsichtlich der Rolle der Polizei beim Altonaer Blutsonntag 1932, der Bedeutung des rechtswidrigen »Hamburger Kessels« 1986 und des »Hamburger Polizeiskandals« 1994 im Zusammenhang mit Misshandlungen von angeblich dealenden Schwarzafrikanern.«

Auch und gerade die Polizei muss einer demokratischen Kontrolle unterworfen sein. Transparenz und eine kritische Reflektion zentraler Entwicklungen und Traditionen gehören selbstverständlich dazu. Deshalb muss es für das geplante Museum eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung geben, will die Polizeiführung nicht in den Ruch kommen, unliebsame Linien und Ereignisse zu verschweigen oder zu bagatellisieren.

Der von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebrachte Antrag wurde auf der Bürgerschaftssitzung am 27. Oktober nicht beschlossen, sondern in den Innenausschuss überwiesen. Dieser tagt das nächste Mal am 21. Dezember um 17:00 Uhr im Rathaus (Raum 186). Es gehörte zu einem Minimum von aufgeklärter Erinnerungskultur, wenn der Punkt »Polizeimuseum« wenigstens behandelt würde. Wer sich mit einer »Linken Gedenk- und Erinnerungskultur in Hamburg«, auseinandersetzen möchte, sei der gleichnamige Artikel von Michael Joho auf meiner Website ans Herz gelegt (<http://joachimbischoff.de>).

Kultur Tipp: Zwiebfische



Der chinesische Satzirkel (Foto: Druckerei Augustin, Glückstadt)

»Zwiebfische« werden in der Druckersprache Bleiletern genannt, die in ein falsches Fach des Setzkastens geraten sind. Als einen solchen zeichnen Christian Bau und Artur Dieckhoff in ihrem gleichnamigen Dokumentarfilm Jimmy Ernst während seiner Jahre in Glückstadt nach. Der »Zwiebfisch« Ernst konnte im deutschen Setzkasten dank der Druckerfamilie Augustin überleben und schließlich emigrieren.

Jimmy war der Sohn des Surrealisten Max Ernst und seiner ersten Frau, der Kunsthistorikerin Louise Straus-Ernst, die in Auschwitz ermordet wurde. Sie hatte ihren fünfzehnjährigen Sohn nach Glückstadt zur Druckerei Augustin in die Lehre gegeben, um ihn als »Halbjuden« vor den Nazis zu schützen. Jimmy Ernst berichtet in seinen Memoiren: »Die Druckerei hatte eine Spezialabteilung für Satz in lebenden und toten Sprachen der ganzen Welt. Es war eine sehr anspruchsvolle, aber sehr befriedigende Arbeit, in einem Halbkreis von Setzkästen mit Tausenden chinesischer Satzzeichen zu stehen und genau die richtigen herauszupicken.«

Seit dem Einzug neuer Satztechnik stehen die Maschinen, tausende von »fremden« Schriftzeichen und ein vollständig erhaltener chinesischer Satzirkel wie unberührt »Am Fleth« der Matjesstadt – ein magischer Drehort für einen Film, der auf den 52. Nordischen Filmtagen als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet wurde: »Zwiebfische« ist ein poetischer und

genau beobachteter Dokumentarfilm, der das Verschwinden handwerklicher Traditionen und den Verlust von Menschen und Kultur kunstvoll miteinander verknüpft. Ausgezeichnet recherchiert und in eindrucksvollen Bildern umgesetzt, bringt der Film Zeitgeschichte in Norddeutschland und darüber hinaus ohne erhobenen Zeigefinger nahe. Die minimalistische Musik verstärkt die ruhigen Bilder und verleiht ihnen dadurch eine sinnliche Kraft.« So die Begründung der Jury, die auch Ulrike Haage für die beste Filmmusik auszeichnete.

Der Film ist auch eine Hommage an Jimmy Ernst, der später in den USA selbst zum Künstlerkreis um Willem de Kooning, Jackson Pollock und Mark Rothko gehörte, und eine »Reise in das offene Meer der Typografie« vergangener Zeiten. Zum Film gehört ein bibliophil gestaltetes Buch, das eine DVD des Films enthält. Es kostet 48,00 Euro und ist bei der Edition Klaus Raasch zu haben (<http://www.edition-klaus-raasch.de/>).

Vom **11. Januar bis zum 6. März** sind der chinesische Satzirkel, Satzmaterial in fremden Sprachen, Bücher, die daraus entstanden, Dokumente und Fotos der Verlagsgeschichte, sowie Fotografien von Candida Höfer, die sie eigens im September 2009 von der Druckerei machte, von August Sander und WOLS in der Ausstellung »Zwiebfische« im **Museum der Arbeit** in Barmbek zu besichtigen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**